

Spannungsabfall

Große Koalition will umstrittene Stromtrasse offenbar verlegen

Berlin/München – Erst vor ein paar Wochen war Horst Seehofer (CSU) ins Zentrum des Protests gereist. „Wir sagen nein“, stand auf Bettlaken im kleinen Dorf Bergen, einem Ortsteil von Neuburg an der Donau. Plakate warnten vor der „Monstertrasse“ die hier vorbeiführen soll. Wo immer Pläne für neue Stromtrassen auf dem Tisch liegen, ist der Ärger in Deutschland derzeit nicht weit. Seit der Stromnetzbetreiber Amprion aber ankündigte, gar eine 450 Kilometer lange Stromautobahn von Sachsen-Anhalt weit hinein in den Süden Bayerns bauen zu wollen, wird der Protest hier zum Flächenbrand. „Wir alle wollen die Trasse nicht“, wettete auch Seehofer. Es sei für ihn eine politische Verpflichtung, dagegen zu kämpfen. Denn: „Wir sind der Freistaat Bayern.“

Auf Widerstand stieß in München vor allem der Verlauf der Trasse. Die sogenannte Süd-Ost-Passage sollte ausgerechnet in Bad Lauchstädt bei Halle beginnen – direkt neben dem ostdeutschen Braunkohlerevier. Schmutziger Kohlestrom für Bayern? Das schaffe bei den Bürgern kein Verständnis für die Energiewende, klagte Bayerns Wirtschaftsministerium. Die Bundesregierung indes war von der Forderung aus Bayern nach einem Moratorium für den Stromnetzausbau vergrätzt. Denn vor allem Bayern braucht neue Trassen, um die Folgen des Atomausstiegs mit mehr Strom aus dem Norden auszugleichen.

Nun bahnt sich im verfahrenen Streit eine Lösung an. Offiziell heißt es zwar, die Verhandlungen über den Bau der Trasse liefen noch. Doch offenbar hat sich die große Koalition bereits in Grundzügen auf einen Kompromiss geeinigt: Demnach soll die Trasse kommen – aber mit einem anderen Verlauf. Aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium hieß es am Sonntag, die Parteien seien sich einig, die Trasse nicht wie geplant zu bauen. Aus Regierungskreisen in Berlin hieß es, das Bedarfsplangesetz solle geändert und Anfangs- und Endpunkt neu festgelegt werden.

Seehofer hatte zuletzt bereits signalisiert, nicht grundsätzlich gegen den Bau neuer Trassen zu sein. „Ob es eine Alternative gibt, wird man überlegen müssen“, hatte er Anfang Juni im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung* gesagt und sich nur gegen eine „Beschädigung der Landschaft“

durch eine Trasse gewehrt, die „quer durch Bayern verläuft“. Bei einem Empfang in München sprach sich der Ministerpräsident vergangene Woche ebenfalls nicht mehr kategorisch gegen eine neue Stromleitung aus. Er kündigte viel mehr an, notwendige Trassen würden gebündelt mit Verkehrswegen gebaut.

Denkbar ist nun offenbar die Planung einer komplett neuen Trasse, die vor allem Windenergie aus Mecklenburg-Vorpommern transportieren würde. Dazu müsste der Startpunkt der Leitung nach Norden verlegt werden. Richtung Süden müsste sie nicht mehr bis Meitingen bei Augsburg geführt werden, sondern womöglich schon beim Atomkraftwerk in Ohu nahe Landshut enden. Dort wäre auch nicht mehr der Netzbetreiber Amprion, sondern Tennet mit Sitz in Bayreuth verantwortlich.

Ministerpräsident Seehofer wehrt sich nicht mehr kategorisch gegen neue Leitungen

Nach Informationen der SZ sollen solche Überlegungen in den nächsten Wochen auf Arbeitsebene der Ministerien geklärt werden. Dazu zählt auch die Frage, wie dafür das notwendige Bundesbedarfsplangesetz geändert werden müsse. Es sei festes Ziel, heißt es aus Münchner Regierungskreisen, bereits im September ein fertiges Konzept vorzulegen – und die Amprion-Trasse endgültig zu verwerfen.

Das Unternehmen Amprion wollte sich am Sonntag nicht zu den Angaben äußern. Eine Verlegung der Trasse sei eine für alle Seiten gesichtswahrende Lösung, hieß es in Berlin. Im Bundeswirtschaftsministerium sieht man die Angelegenheit dennoch offenkundig ein wenig zurückhaltender als in Bayern. „Die Gespräche laufen noch“, erklärt das Ministerium. Das deutet darauf hin, dass es aus Sicht von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) noch keine Einigung darüber gibt, die alten Trassenpläne aufzugeben. Gabriel dürfte klar sein, dass eine Änderung des bisherigen Verlaufs Zeitverzögerungen mit sich brächte, weil die neue Strecke erst einem langwierigen bürokratischen Verfahren unterzogen werden muss. **GWB, KC, MBAL**

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Montag, den 14. Juli 2014, Seite 5